



Grant Thornton Unitreu

Sonderausgabe. Rechnungslegung. Oktober 2014

Begutachtungsentwurf
Rechnungslegungsänderungsgesetz (RÄG 2014)



Begutachtungsentwurf Rechnungslegungsänderungsgesetz (RÄG 2014)

Entgegen den ursprünglichen Ankündigungen den Ministerialentwurf noch Anfang Juli 2014 zu versenden, ist der Gesetzestext für die geplante Novelle erst vor wenigen Tagen zur Begutachtung versendet worden.

Insgesamt handelt es sich um die umfassendste Reform der österreichischen Rechnungslegung seit Einführung des Rechnungslegungsgesetzes im Jahr 1990. Die Umsetzung der Bilanzrichtlinie (2013/34/EU) wird insbesondere Vereinfachungen für kleine Unternehmungen („Think Small First“) bringen. Zusätzlich sollen Unternehmensbilanz und Steuerbilanz zur Vermeidung von Mehr-/Weniger-Rechnungen angenähert und die Rechnungslegung

durch Anpassung an internationale Rechnungslegungsgrundsätze modernisiert werden.

Im Wesentlichen sind die in unserem [Juli Newsletter](#) angekündigten Änderungen im Entwurf enthalten, daher enthält diese Ausgabe weitere Teilaspekte und Präzisierungen zu einzelnen Änderungen.

Zu den wesentlichen Gründen und Motiven für die Reform verweisen wir auf die Ausführungen in der Juli-Ausgabe unseres [Newsletters Rechnungslegung](#).



Rechnungslegungspflicht/Schwellenwerte

Personengesellschaften, deren unbeschränkt haftende Gesellschafter tatsächlich nur beschränkt haften, weil sie Kapitalgesellschaften sind, fallen künftig unter die Rechnungslegungspflicht des UGB, auch wenn die Personengesellschaft nicht unternehmerisch tätig ist. Damit wurde eine Lücke geschlossen, wonach eine nicht unternehmerisch tätige GmbH & Co KG, die z.B. bloß eine Immobilie verwaltet, nicht rechnungslegungspflichtig ist. Sollte der unbeschränkt haftende Gesellschafter weder eine Kapitalgesellschaft noch eine natürliche Person sondern z.B. ein Verein oder eine Gemeinde sein, ist die unternehmerische Tätigkeit der Personengesellschaft weiterhin Voraussetzung für die Rechnungslegungspflicht.

Die **Schwellenwerte** für die Qualifikation als kleine Kapitalgesellschaft sind vorerst lediglich valorisiert worden und liegen bei EUR 5,0 Mio (bisher EUR 4,84 Mio) Bilanzsumme bzw. EUR 10,0 Mio (bisher EUR 9,68 Mio) Umsatzerlöse. Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer darf unverändert 50 nicht übersteigen. Von der Möglichkeit die Schwellenwerte auf EUR 6 Mio (Bilanzsumme) bzw. 12 Mio (Umsatz) anzuheben soll vorerst nicht Gebrauch gemacht werden.

Die Schwellenwerte für große Kapitalgesellschaften werden ebenfalls lediglich valorisiert und auf EUR 20,0 Mio (bisher EUR 19,25 Mio) Bilanzsumme und EUR 40,0 Mio (bisher EUR 38,5 Mio) Umsatzerlöse angehoben. Auch hier bleibt die Anzahl der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer mit 250 unverändert.

Neu eingeführt wird die Kategorie der sogenannten „**Kleinstunternehmen**“ („**Micros**“). Diese liegen vor, wenn mindestens zwei der drei Merkmale (TEUR 350 Bilanzsumme, TEUR 700 Umsatzerlöse, 10 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt) nicht überschritten werden. Der Gesetzesentwurf gewährt dieser Unternehmensgruppe die Befreiung von der Pflicht einen Anhang aufstellen zu müssen, wenn sie den Gesamtbetrag der Haftungsverhältnisse und die an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats gewährten Vorschüsse und Kredite unter der Bilanz angeben. Darüber hinaus ist die Verletzung von Offenlegungsverpflichtungen beim Firmenbuch mit um 50 % reduzierten Zwangsstrafen belegt. Investmentunternehmen und Beteiligungsgesellschaften sind von der Anwendung der neu geschaffenen Micro-Regelung ausgenommen.

Eine weitere wesentliche Änderung ergibt sich für sogenannte **Mutterunternehmen**: Das sind Gesellschaften, die ein oder mehrere Tochterunternehmen beherrschen, sodass sie grundsätzlich einen Konzernabschluss aufstellen müssen. Für solche Unternehmen sind künftig die Schwellenwerte auf konsolidierter oder aggregierter Basis zu berechnen. Dadurch wird verhindert, dass Mutterunternehmen mit sehr hoher Bilanzsumme aber geringer Mitarbeiteranzahl bzw. Umsatzerlösen als kleine Kapitalgesellschaft nur einen sehr eingeschränkten Anhang offenlegen müssen. Bisher besteht nur für börsennotierte Holdinggesellschaften eine Ausnahme, diese gelten stets als große Gesellschaften.

Im Falle von **Umgründungen** (z.B. Verschmelzung, Umwandlung) und Neugründungen treten die Rechtsfolgen für die Rechtslegung nicht wie bisher im nächstfolgenden Geschäftsjahr ein, sondern bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um-/Neugründung. Damit sind neugegründete Gesellschaften in Zukunft nicht mehr automatisch kleine Kapitalgesellschaften. Bei Aufgabe eines Betriebes oder Teilbetriebes, wenn die Größenmerkmale um mindestens die Hälfte unterschritten werden, treten die Rechtsfolgen ebenso bereits am nächsten Abschlussstichtag ein.

Zur Frage, ob kapitalistische Personengesellschaften (z.B. GmbH & Co KG) bei Überschreiten der Schwellenwerte für große Kapitalgesellschaften auch gebundene Rücklagen zu bilden haben, wurde eine klarstellende Ausnahme in den Gesetzesentwurf aufgenommen. Damit wird die bisher herrschende Rechtsansicht durch eine gesetzliche Bestimmung festgeschrieben.

Ausweisfragen

Mit Abschaffung der Ausweispflicht für un-
versteuerte Rücklagen entfällt in der Bilanz-
gliederung des § 224 UGB der entsprechende
Bilanzposten.

Im Bereich des **Eigenkapitalausweises** wird
für gründungsprivilegierte Gesellschaften
mit beschränkter Haftung eine Bestimmung
aufgenommen, wonach jener Betrag
auszuweisen ist, den die Gesellschafter nicht
zu leisten verpflichtet sind. (Anmerkung:
Weitere Informationen zu diesem Themen
finden Sie in der [Juli-Ausgabe](#) unseres
Newsletters Rechnungslegung).

Eigene Aktien sind künftig in einer Vorspalte
offen vom Posten des Nennkapitals
abzusetzen und der verbleibende Unter-
schiedsbetrag zu Anschaffungskosten mit
den nicht gebundenen Kapitalrücklagen und
den freien Gewinnrücklagen zu verrechnen.
Bisher wurden die eigenen Aktien als
Vermögensgegenstand auf der Aktivseite
ausgewiesen und in gleicher Höhe Rücklagen
gewidmet.

Mit den genannten Ausnahmen gibt es in
der Bilanzgliederung keine fundamentalen
Änderungen. Neu eingeführt wird die
Verpflichtung, den Betrag der Forderungen
und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit
von mehr als einem Jahr bei jedem gesondert
ausgewiesenen Posten in der Bilanz
anzumerken. Somit ist es künftig nicht mehr
zulässig diese Angabe im Rahmen eines
Forderungsspiegels im Anhang zu machen.

Der **Anlagespiegel** hat künftig auch die
Entwicklung der kumulierten Abschreib-
ungen (Stand zu Beginn des Jahres,
Abschreibungen des Geschäftsjahres,
Veränderungen durch Zu-, Abgänge und
Umbuchungen im Geschäftsjahr sowie
den Stand am Ende des Geschäftsjahres)
zu enthalten. Bisher war es üblich im
Anlagespiegel lediglich den Endstand
der kumulierten Abschreibungen und
die Abschreibungen des Geschäftsjahres
darzustellen.

Im Bereich der **Gewinn- und Verlust-
rechnung** sind weiterhin Gesamt- und
Umsatzkostenverfahren zulässig, wobei
erstmalig Gliederungsvereinfachungen (z.B.
sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen,
Personalaufwand) für kleine Gesellschaften
vorgesehen sind. Eine weniger tiefgehende
Gliederung führt aber nicht dazu, dass
kleine Gesellschaften künftig ihre Gewinn-
und Verlustrechnung beim Firmenbuch
offenzulegen haben, hier bleibt es bei der
bereits gewohnten Vorgangsweise, wonach
nur Bilanz und Anhang einzureichen sind.

Endgültig gestrichen werden sollen die
Posten für „**außerordentliche Erträge**“
und „**außerordentliche Aufwendungen**“.
Folglich kann auch die Darstellung
eines Ergebnisses der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit (EGT) entfallen und durch
den Posten „Ergebnis vor Steuern“ ersetzt
werden. Künftig sind im Anhang Betrag und
Wesensart von Ertrags- oder Aufwandsposten
von außerordentlicher Größenordnung oder
Bedeutung zu erläutern.

Durch das Wegfallen der un versteuerten
Rücklagen können auch die Posten Zu-
und Auflösung unverteuerter Rücklagen
entfallen. Wie bisher endet die Gewinn- und
Verlustrechnung mit dem Bilanzgewinn
(Bilanzverlust).



Ausgewählte Ansatz- und Bewertungsvorschriften

Künftig besteht bei Wertaufholung nach außerplanmäßigen Abschreibungen eine **uneingeschränkte Zuschreibungspflicht**. Eine Ausnahme von der Zuschreibungspflicht besteht nur hinsichtlich des außerplanmäßig abgeschriebenen Firmenwertes. In diesem Zusammenhang sieht der Entwurf auch Änderungen im Bereich des Einkommensteuergesetzes vor, wonach unterlassene Wertaufholungen vor Inkrafttreten des Gesetzes auf Antrag in eine (außerbilanzielle) Zuschreibungsrücklage eingestellt werden können. Die steuerpflichtige Auflösung erfolgt bei künftigen Teilwertabschreibungen – spätestens im Zeitpunkt des Ausscheidens des Wirtschaftsgutes.

Für umfangreiche Diskussionen sorgt die Umstellung des Konzepts für die **Abgrenzung der latenten Steuern**. Bisher mussten nur zu niedrige Steueraufwendungen als passive latente Steuern abgegrenzt werden, für zu hohe Steueraufwendungen bestand ein Ansatzwahlrecht (aktive latente Steuern). Das nunmehr eingeführte bilanzorientierte Konzept sieht die Abgrenzungspflicht vor, wenn sich insgesamt (Saldo aus passiver und aktiver Abgrenzung) eine Steuerbelastung (passive latente Steuer) ergibt.

Sollte insgesamt eine Steuerentlastung resultieren, so wird die aktive latente Steuer bei großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften künftig zwingend anzusetzen sein. Kleine Kapitalgesellschaften haben diesbezüglich ein Wahlrecht. Da es sich um eine Gesamtbetrachtung der latenten Steuern handelt, müssen auch diese Gesellschaften überprüfen, ob sich nach dem neuen Konzept nicht insgesamt eine passive und damit abgrenzungspflichtige latente Steuerdifferenz ergibt.

Anders als in Deutschland (hier besteht eine Ansatzpflicht) enthält der Entwurf lediglich ein Wahlrecht aktive latente Steuern für steuerliche Verlustvorträge zu bilden. Im Gegensatz zur deutschen Regelung wird kein bestimmter Zeitraum (5 Jahre) festgelegt, innerhalb dessen die Realisierung des aktivierten Steueranspruchs aus den Verlustvorträgen zu erwarten ist.

Sollte das Stetigkeitsgebot, wie im Entwurf vorgesehen, auf die Auswahl der Bilanzierungsmethoden ausgeweitet werden (bisher war es auf die Bewertungsmethoden beschränkt), muss sich das Unternehmen bei erstmaliger Möglichkeit aktive latente Steuern für Verlustvorträge zu bilden, dauerhaft für eine Vorgangsweise entscheiden.

Im Bereich der **Herstellungskosten für Vorräte** soll es zur Angleichung an das Steuerrecht kommen, in dem auch angemessene Teile der nur mittelbar zurechenbaren variablen und fixen Gemeinkosten umfasst sein müssen. Die für den Anlagenbau und die Bauwirtschaft wichtige Möglichkeit bei langfristigen Aufträgen (über 12 Monate) auch angemessene Teile der Verwaltungs- und Vertriebskosten aktivieren zu können, sofern aus dem Auftrag kein Verlust droht, wird wie folgt eingeschränkt: Nur wenn der Ansatz der bloßen Herstellungskosten zu keinem möglichst getreuen Bild führt und dieses auch durch zusätzliche Anhangsangaben nicht vermittelt werden kann, bleibt die bisherige Bilanzierungsmethode weiterhin anwendbar. Liegt ein solcher Ausnahmefall vor, ist die Anwendung der Bestimmung im Anhang anzugeben und zu begründen. Darüber hinaus ist der Einfluss durch die Aktivierung von anteiligen Verwaltungs- und Vertriebskosten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu erläutern.

Balance sheet

	In	Out
Figure 1	11,458	7,829
Figure 2	2,789	
Figure 3	1,358	7,352
	15,632	
Figure 4		
Figure 5		
Figure 6		
Figure 7		
Figure 8		
Figure 9		
Figure 10	1,546	1,059
Figure 11	3,385	1,890
	4,931	2,949
Figure 12	7,516	
Figure 13	1,029	
Figure 14	4,809	
Figure 15	6,380	
Figure 16	5,978	
	25,712	

Zinsen, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen, sind weiterhin nicht zwingend zu aktivieren. Bei Ansatz von Zinsaufwendungen in den Herstellungskosten ist dieser Umstand im Anhang anzugeben und bei großen und mittelgroßen Gesellschaften weiters der Betrag im Anhang anzugeben.

Im Bereich der **Rückstellungen** sind einerseits die Aufwandsrückstellungen und andererseits die überarbeiteten Bestimmungen zur Bewertung zu erwähnen. Um eine Annäherung an das Steuerrecht zu erreichen wurden willkürlich zwei Sachverhalte herausgegriffen (unterlassene Instandhaltung binnen der nächsten drei Monate nach dem Bilanzstichtag und Umweltaufwendungen, die im folgenden Geschäftsjahr nachgeholt werden) bei denen die Bildung einer Rückstellung verpflichtend ist – in allen anderen Fällen dürfen Aufwandsrückstellungen (bisher ein Wahlrecht) künftig nicht mehr gebildet werden. Die Neuregelung würde mit der in Deutschland geltenden Rechtslage übereinstimmen.

Bei der Bewertung von Rückstellungen und Verbindlichkeiten soll nicht der „Rückzahlungsbetrag“ sondern der „Erfüllungsbetrag“ maßgeblich sein. Damit wird klargestellt, dass auch Sachleistungen umfasst sind und abweichend vom Stichtagsprinzip auch künftige Preis- und Kostensteigerungen zu berücksichtigen sind.

Langfristige Rückstellungen (Restlaufzeit mehr als ein Jahr) sollen mit einem „marktüblichen“ Zinssatz abgezinst werden. Weiters wird präzisiert, dass Rückstellungen für Abfertigungsverpflichtungen, Pensionen, Jubiläumsgeldzusagen mit einem sich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ergebenden Betrag anzusetzen sind. Pauschal kann auch der durchschnittliche Marktzinssatz angewendet werden, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Nach den erläuternden Bemerkungen kann man sich bei der Bestimmung des marktüblichen Zinssatzes an den deutschen Kundmachungen nach § 253 Abs 2 dHGB oder an dem Durchschnittzinssatz von derzeit 3,5 % gemäß § 9 Abs 5 EStG orientieren.

In diesem Bereich sind umfangreiche Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf zu erwarten, so dass hier noch Anpassungen zu erwarten sind. Insbesondere soll das AFRAC relativ rasch nach der Verabschiedung des Gesetzes eine Stellungnahme zur Umsetzung veröffentlichen, an der bereits seit mehreren Jahren gearbeitet wird. Entwurfsfassungen erachten auch die Verwendung eines Stichtagszinssatzes für zulässig und enthalten unter anderem Aussagen zur Berücksichtigung von Gehalts-, Rententrends und Fluktuation.

Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen, bedingt durch die geänderten Bewertungsvorschriften, können nach dem Gesetzesentwurf auf längstens fünf Jahre verteilt werden.



MMag. Christoph Zimmer
christoph.zimmer@at.gt.com

T +43 1 26 262-826

Anhangsangaben

In diesem Bereich haben sich inhaltlich kaum Veränderungen ergeben. Im Vordergrund steht die Neustrukturierung durch Voranstellen jener Angaben, die alle Gesellschaften zu machen haben und Ergänzung der zusätzlichen Erläuterungen für große und mittelgroße Kapitalgesellschaften.

Für kleine Kapitalgesellschaften soll es dem Reformgedanken entsprechend, in diesem Bereich eine Entlastung herbeizuführen, zu einer Reduktion der erforderlichen Angaben von 24 (nach Formblatt-V) auf 14 kommen. So sollen beispielsweise der Beteiligungsspiegel, die Aufgliederung der durchschnittlichen Zahl der Arbeitnehmer sowie Namen von Vorstand und Aufsichtsrat entfallen können.

Kleine Aktiengesellschaften sollen ebenfalls von Angabepflichten befreit werden und die Angaben nach § 240 UGB (aF) wie z.B. den auf Aktiengattungen entfallenden Betrag des Grundkapitals, den Bestand eigener Aktien, bedingte Kapitalerhöhungen oder genehmigtes Kapital nicht mehr machen müssen.

Bei den großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften sind als Erweiterungen im Anhang z.B. die (vorgeschlagene) Ergebnisverwendung, wesentliche Ereignisse nach Ende des Jahres, die nicht im Abschluss enthalten sind und ihre finanziellen Auswirkungen (bisher Angabe im Lagebericht) anzuführen. Auch soll die Befreiung von der Angabe zu Geschäften mit nahestehenden Personen für mittelgroße Kapitalgesellschaften genauso entfallen wie die Möglichkeit, bei außerbilanziellen Geschäften die Angabe auf deren Art und Zweck zu reduzieren.



Mag. (FH) Wolfgang Laserer
wolfgang.laserer@at.gt.com

T +43 1 26 262-36

Konzernrechnungslegung

Ein Konzernabschluss musste bisher grundsätzlich dann aufgestellt werden, wenn ein Mutterunternehmen zumindest ein Tochterunternehmen kontrolliert oder einheitlich leitet. Während Kontrolle auch ohne Kapitalbeteiligung ausgeübt werden kann, musste neben der einheitlichen Leitung eine Beteiligung im Sinne des § 228 UGB (bei Kapitalgesellschaften ab 20 %) vorliegen. Dieses Erfordernis soll nunmehr gestrichen werden, um zu erreichen, dass entsprechend strukturierte Zweckgesellschaften vom Konsolidierungskreis umfasst sind. Der Begriff der einheitlichen Leitung basiert auf § 15 AktG bzw. § 115 GmbHG und kann z.B. bei personeller Organidentität bei Mutter- und Tochtergesellschaft erfüllt sein.

Die **Schwellenwerte** für die größenabhängige Befreiung von der Aufstellung eines Konzernabschlusses wurden valorisiert und betragen bei der Nettomethode (auf konsolidierter Basis ermittelt) EUR 20 Mio (bisher EUR 17,5 Mio) Bilanzsumme und EUR 40 Mio (bisher EUR 35 Mio) Umsatzerlöse. Bei Ermittlung nach der Bruttomethode (vor Konsolidierung) sollen die Schwellenwerte von EUR 21 Mio auf EUR 24 Mio Bilanzsumme und von

EUR 42 Mio auf EUR 48 Mio Umsatzerlöse angehoben werden. Somit bleibt es auch nach der neuen Regelung dabei, dass bei jeder großen Kapitalgesellschaft mit einer Tochtergesellschaft die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses zu prüfen ist.

Änderungen gab es bei der Frage, ob ein in Österreich ansässiger Teilkonzern mit einer Muttergesellschaft im Ausland, der in deren Konzernabschluss einbezogen wird, einen eigenen Teilkonzernabschluss aufstellen muss, oder der Konzernabschluss der ausländischen Mutter **Befreiungswirkung** entfaltet. Hier wurden die bisher geltenden Befreiungen weiter ausgebaut: Bei Muttergesellschaften mit Sitz in der Europäischen Union bzw. im EWR mit 100 % Beteiligung soll künftig ohne weitere Bedingungen eine Befreiung greifen. Bei Beteiligung von mindestens 90 % hängt diese von der Zustimmung der Minderheitsgesellschafter ab – der Aufsichtsrat der österreichischen Gesellschaft kann keine Aufstellung mehr verlangen. Bei Beteiligungen unter 90 % können Minderheiten mit einem Anteil von 10 % am Nennkapital oder der Aufsichtsrat die Aufstellung eines österreichischen Teilkonzernabschlusses verlangen.

Hat die übergeordnete Muttergesellschaft ihren Sitz nicht innerhalb der EU oder dem EWR so ist ein österreichischer Teilkonzernabschluss aufzustellen, wenn dies der Aufsichtsrat oder 5 % der Gesellschafter verlangen. Zusätzlich hat der Konzernabschluss der ausländischen Muttergesellschaft entweder nach Rechnungslegungsvorschriften aufgestellt zu sein, die im Einklang mit der einschlägigen EU-Richtlinie stehen oder nach den International Financial Accounting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind. Auch andere Rechnungslegungsnormen, die den IFRS gleichwertig sind, erfüllen die Voraussetzungen, wodurch künftig auch ein im Drittland nach US-GAAP aufgestellter Konzernabschluss befreiend sein dürfte.

Zusätzlich ist die Befreiungswirkung des ausländischen Konzernabschlusses samt Konzernlagebericht an die **Offenlegung im Firmenbuch** geknüpft, wobei als bedeutende Erleichterung künftig keine deutsche Übersetzung mehr erforderlich ist – eine in internationalen Finanzkreisen gebräuchliche Sprache, also jedenfalls Englisch, ist demnach ausreichend.

Wie bisher muss der befreiende Abschluss geprüft worden sein. Der Abschlussprüfer muss lediglich nach dem anzuwendenden Recht zugelassen sein – darüber hinausgehende Anforderungen an dessen Befähigung bestehen nicht.

Weiters zu erwähnen sind die beabsichtigte **Streichung der Buchwertmethode** im Zuge der Kapitalkonsolidierung, so dass künftig nur mehr die Neubewertungsmethode zur Anwendung kommt. Die beiden Ansätze unterscheiden sich dadurch, dass bei der Buchwertmethode nur die anteiligen stillen Reserven angesetzt werden, wogegen bei der Neubewertung auch die stillen Reserven des Minderheitsgesellschafters bilanziert werden.

Schließlich wurde für die Konsolidierung assoziierter Unternehmen die **Kapitalanteilmethode**, bei der das anteilige Eigenkapital zum beizulegenden Wert zu ermitteln war, gestrichen. Demnach wäre künftig nur mehr die Buchwertmethode bei der at Equity-Bewertung zulässig.

Geplante Änderungen für Privatstiftungen

Der Gesetzesentwurf sieht erstmals größenabhängige Differenzierungen in der Rechnungslegung von Privatstiftungen vor. Diese betreffen insbesondere dem Umfang der Angaben in Anhang und Lagebericht. Weiterhin soll jede Privatstiftung einen (Konzern-)Lagebericht aufstellen. In diesen soll neuerdings eine Darstellung der Rechtsgeschäfte der Privatstiftung mit den Mitgliedern des Stiftungsvorstands aufgenommen werden.

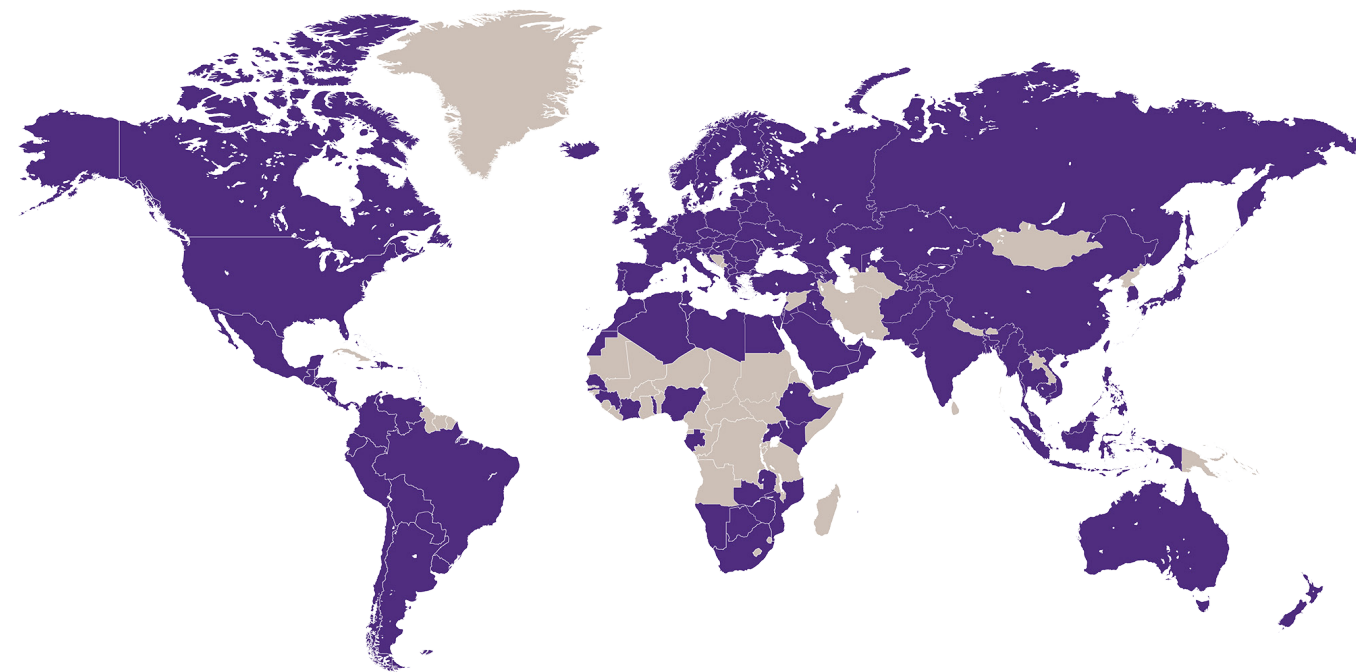
Besonders kontroversiell diskutiert wird die neu aufgenommene Verpflichtung der Privatstiftungen ihren Konzernabschluss (und nur diesen) beim Firmenbuch offenzulegen. Damit würde die Frage der Konsolidierungspflicht von Privatstiftungen als Konzernmutter stark an Bedeutung gewinnen. Auch wäre dadurch die Befreiung von der Verpflichtung einen

Konzernabschluss auf unterer Ebene aufzustellen möglich und es könnten Konzernabschlüsse auf Ebene einer Holding unter der Privatstiftungen und bei der Privatstiftung selbst vermieden werden. Andererseits wäre die Veröffentlichungspflicht vermutlich für viele Betroffene ein weiterer Grund diese Rechtsform zu verlassen bzw. keine Stiftung zu gründen.

Zeitplan

Aus heutiger Sicht sieht der Zeitplan wie folgt aus: Die Bilanzrichtlinie muss bis 21. Oktober 2015 umgesetzt werden. Die Begutachtungsfrist für das RÄG 2014 ist bis 21. Oktober 2014 gelaufen – die Behandlung im Parlament ist für Herbst/Winter 2014 geplant. Das Gesetz soll auf Geschäftsjahre anzuwenden sein, die nach dem 31.12.2015 beginnen.





[zurück zum Anfang](#)

Impressum:

Herausgeber:

Grant Thornton Unitreu GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
Rivergate
Handelskai 92, Gate 2, 7A
1200 Wien
www.grantthornton.at

Für den Inhalt verantwortlich:

MMag. Christoph Zimmer

Grafik:

Sandra Schürz

©2014 Grant Thornton Unitreu GmbH

Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Alle Rechte vorbehalten.

Die Informationen in dieser Publikation sind allgemeiner Art und sind nicht auf die individuelle Situation einer natürlichen oder juristischen Person abgestimmt. Obwohl wir uns bemühen, zuverlässige und aktuelle Informationen zu liefern, können wir keine Haftung dafür übernehmen, dass diese Informationen so zutreffend sind, wie sie dies zum Zeitpunkt ihres Eingangs waren oder dass sie dies auch in Zukunft sein werden. Die Informationen haben lediglich den Zweck, Sie für die jeweilige Problematik zu sensibilisieren, um gegebenenfalls rechtzeitig den Rat eines Wirtschaftsprüfers, Steuerberaters oder Rechtsanwaltes Ihres Vertrauens in Anspruch nehmen zu können. Die zur Verfügung gestellten Informationen können eine individuelle Beratung nicht ersetzen. Es ist daher in jedem Falle notwendig, durch eine fachkundige Person, die unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalles eine gründliche Analyse der betreffenden Situation vorgenommen hat, beraten zu werden.